Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 10 **München, 6. März 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	März	Adar	Bemerkungen
Sonntag	8	19	
Montag	9	20	
Dienstag	10	21	
Mittwoch	11	22	
Donnerst.	12	23	
Freitag	13	24	
Samstag	14	25	ויקהל פקודי פרשת החדש מברכין החדש הפטרה כה אמר א' ד' (כל העם הארץ) (Ezechiel 45, 18—25. 46. 1—15)

Gebrauchte hebräische Bücher

insbesondere das Lehrbuch von Moses Rath, sowie Bibeln erbitten geschenk- oder leihweise für unbemittelte Schüler. Die hebräischen Sprachkurse, München, Herzog-Rudolf-Straße 1.

Das Jüdische Echo

Nummer 10 | 6. März 1931 | 18. Jahrgang

Nebensache

Das Interesse der in Deutschland lebenden Juden ist aus leicht begreiflichen Gründen mit besonderer Gespanntheit auf die innerpolitischen Vorgänge konzentriert. Diese „Besonderheit" des Gespanntseins erklärt sich aus der Tatsache, daß es sich bei den in Deutschland lebenden Juden in viel höherem Grade um Sein oder Nichtsein als bei den anderen Gruppen und Gemeinschaften in der deutschen Republik handelt, wenn die Richtung der Regierungspolitik eine Änderung nach rechts erfahren würde. Denn „rechts" bedeutet leider in Deutschland — ganz anders als in England oder Frankreich — antisemitisch. Und dadurch wäre eine Rechtsregierung und zumal eine, die bei dem jetzigen Stande der innerdeutschen Entwicklung ans Ruder käme, für alle Juden in Deutschland eine Gefahr, auch für solche, deren Interessen und Anschauungen sie zweifellos in das Lager rechts führen würden, wenn sie nicht Juden wären. Mit größerer Neugier als sonst ein in Deutschland lebender Mensch greift also der deutsche Jude jeden Tag zu seiner Zeitung, um zu erfahren, welche Wendungen und Wandlungen die Innenpolitik genommen hat. Mit einem Gefühl der Erleichterung stellte man bisher fest, daß Reichskanzler Brüning das Heft in der Hand hat und daß er eine Mitwirkung der Nationalsozialisten an der Regelung der Reichsgeschäfte ablehnt. Dadurch ist Brüning in jüdischen Kreisen zu einer Popularität gelangt, die weit über die Anerkennung hinausgeht, welche ihm von anderen Schichten der Bevölkerung zuteil wird. Diese jüdische Anerkennung ist für Brüning ein unbeabsichtigter Erfolg und es soll ununtersucht bleiben, ob diese jüdische Zustimmung für Brüning eine Stützung seiner Position oder eine Belastung bedeutet. Immerhin sei verzeichnet, daß die Unterstützung der „Judenblätter", Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung, Frankfurter Zeitung usw. der Reichsregierung von der „nationalen Opposition" bis weit in die Kreise solcher Parteiorgane, deren Geldgeber in der Regierungsmehrheit sitzen, hämisch angekreidet wird.

Natürlich verfolgen die Juden in Deutschland als Nächstbetroffene die Vorgänge im nationalsozialistischen Lager. Die bis zu den Septemberwahlen 1930 übliche Bagatellisierung und Verhöhnung der Nazis ist in das Gegenteil umgeschlagen. Man hat vor diesen Leuten Angst und Furcht, wenn auch keinen Respekt. Eine Flut von Schriften, Abhandlungen und Biographien der Naziführer ist seit dem September erschienen und man malt entweder den kommenden Naziteufel an die Wand oder versucht sich zu trösten und den Nachweis zu erbringen, daß der Nazispuk bald zerrinnen wird. Hierbei ist es nicht ohne Reiz festzustellen, wie man sich im Zeitungsviertel in Berlin bemüht, bei aller Opposition gegen die Nationalsozialisten einen Übergang zu finden, wofern das als unwahrscheinlich immer wieder Behauptete, daß die Nazis die Regierung übernehmen sollten, doch eines Tages eintreten könnte. Man nennt das mögliche Tatsachen ins Kalkül ziehen, denn bereit sein ist alles. Allerdings findet dieses Beginnen in den Augen der abgelehnt-umworbenen Nationalsozialisten keine Gnade und nicht nur die Radaumacher im „Völkischen Beobachter" und im Berliner „Angriff" überschütten die „Jugendblätter" mit Kübeln von Hohn wegen deren überschlauer Haltung, sondern auch ernstere Nationalsozialisten wie ein Artikelschreiber in dem von Juden gemachten „Literarischen Echo" in Berlin schreiben, daß diese „Tarnung im Berliner Zeitungsviertel" ein aussichtsloses Unternehmen sei.

Das Rätselraten um die Nazis will kein Ende nehmen. Werden sie legal bleiben, werden sie einen Putsch machen? Wird das Zentrum doch einmal eine Schwenkung vornehmen, wenn die Nationalsozialisten einige ihrer krassesten Dummheiten ablegen werden? Häuten sich die Nazis? Werden sie vernünftig? Werden sie in der Außenpolitik diplomatischer werden und werden sie ihren Propagandastil mäßigen? Das sind so einige Fragen, die man sich allenthalben vorlegt und sehr oft hört man Stimmen und Ansichten, die so lauten, als ob man suggerierend einem unartigen Kinde ein leidliches Benehmen anerziehen wollte, damit das Kind in die gute Stube ohne die Befürchtung eingelassen werden könne, daß es wertvolle Gegenstände zerschlagen, sich beklexen und sich als enfant terrible aufführen wird. Wenn man die Frager und die Fragen in Evidenz hält, so kann man als Jude eine lehrreiche Erfahrung machen. Die jüdischen Rätselrater fragen mit besonderer Intensität, wenn auch aus Überklugheit nicht an erster Stelle, wie sich die Nazis nach einer möglichen Erreichung der Macht als Führende oder Beteiligte zur Judenfrage stellen werden, d. h. wie sie sich die Durchführung ihrer Rassentheorien, das ist ihres schrankenlosen Antisemitismus, denken. Die nichtjüdischen Frager interessieren sich mehr für andere Sachen, als da sind Außenpolitik, soziales Programm usw. Von der Judenfrage reden die nichtjüdischen Stimmen in den meisten Fällen nicht und wenn doch, so an letzter Stelle. Die jüdischen Frager aber pflegen Hitlerzitate zu wiederholen, welche besagen, daß der Naziobe rstkommandierende geäußert habe (in einem Interview mit einem arischen Amerikaner), daß er nichts gegen die anständigen Juden habe. Man hört förmlich den Seufzer der Erleichterung dieser jüdischen Frager heraus. Sie halten sich nämlich für die in den Augen Hitlers anständigen Juden, denen Gnade widerfahren wird, sollte, was Brüning verhüten möge, Frick doch deutscher Reichsinnenminister werden.

Derartigen Hoffnungen macht eine beachtenswerte Artikelserie ein Ende, welche seit einigen Tagen Friedrich Franz von Unruh in der Frankfurter Zeitung über den Nationalsozialismus veröffentlicht. Der Verfasser, ein nüchterner, illusionsloser Mann, dessen Blickfeld über Deutschlands Gaue reicht, der aber die Nazis und das deutsche

Volk besser kennt als die Redakteure der großen „Judenblätter“, schildert das Wesen und die Entwicklung des Nationalsozialismus. Er untersuchte, welche Programmpunkte die Nazis mutmaßlich aufgeben würden, um zur Macht, die sie so inbrünstig erstreben, zu gelangen. Hierbei kommt er zu Schlüssen, die von jüdischer Seite, das heißt, um genauer zu sein, von positiv-jüdischer Seite, also von Zionisten, seit jeher als einzig bündig bezeichnet wurden. Friedrich von Unruh sagt, daß die Nazis mit sich, sowohl außenpolitisch, wie auch wirtschaftspolitisch werden reden lassen, wenn die Frage ihrer Regierungsbeteiligung akut werden sollte. In der Judenfrage aber gibt es für die Nazis keinerlei Umkehr. Denn das ist Herzenssache und das ist eines der Hauptmittel, mit denen sie ihren Parteiaufstieg bewerkstelligt haben. Man könnte auch hinzufügen, daß in dieser Hinsicht weder ihre Regierungspartner in der Zukunft, noch das Ausland eine conditio sine qua non erblicken werden. Man wird den Nazis ihr außenpolitisches Programm und ihre wirtschaftlichen Phantastereien nicht durchgehen lassen, wenn man sie als Partner oder als Förderer eines neuen Regierungskurses aufnehmen wird. Ihren Antisemitismus aber wird man mit dem Schleier milden Erbarmens bedecken und aus der Rassentheorie keinen casus belli machen.

Warum das so ist, warum das so kommen kann? Weil das Judenproblem in Deutschland nur für die Juden das zentrale Problem, für die Nichtjuden jedoch eine mehr oder weniger wichtige, zumeist aber eine unwichtige Nebensache ist. Wer sich in Deutschland als Antisemit betätigt, bewegt sich auf der Linie des geringsten Widerstandes. Kein Wunder! Denn bei aller Würdigung der Bedeutung der Juden, sie bilden doch nur ein Prozent der Bevölkerung. Und es ist ein Unglück, eine verschwindende, einerlei durch welche Merkmale immer unterscheidbare Minderheit zu sein. m.w.

* * *

Der Ausfall der Braunschweiger Kommunalwahlen, die am letzten Sonntag stattgefunden haben, hat erneut mit aller Klarheit gezeigt, daß es zunächst vergeblich ist, auf den Rückgang oder gar den Zerfall der Nationalsozialistischen Partei zu hoffen. Ihre Stimmen haben sogar noch zugenommen; die bürgerlichen Parteien sind nahezu vollständig aufgerieben worden. Die Tatsache allein, daß die Nationalsozialisten an der Macht sind, hat ihnen sicherlich viele neue Wähler zugeführt, die bei den Nationalsozialisten den Erfolg wittern, allerdings ist es ihnen nicht gelungen, die sozialistischen Parteien entscheidend zu schlagen; was immerhin auch für die Zukunft eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß es im Reich zum Schlimmsten nicht kommen wird.

Simpsons Boden-Bericht unter der Lupe

Die Tatsache, daß das Paßfieldsche Weißbbuch und der Bericht von Sir John Hoppe-Simpson zu gleicher Zeit veröffentlicht wurden und dem zuerst genannten Dokument unmittelbar eingreifende Wirkungen zukommen, hat dazu geführt, daß die an Palästina interessierte jüdische Öffentlichkeit dem Bericht von Simpson vielleicht nicht diejenige Beachtung geschenkt hat, die diesem Dokument zukommt. Nicht um seines Inhaltes und seiner Resultate wegen verdient Simpsons Bericht eine größere Beachtung, sondern lediglich deshalb, weil hier ein von der Regierung offiziell nach Palästina entsandter Sachverständiger seine Ansichten ausgesprochen hat und weil auch jede zukünftige englische Regierung solange mit diesem Dokument wird rechnen müssen, als es unangefochten dasteht und den Anspruch erhebt, eine unvoreingenommene und gerechte Würdigung der palästinensischen Möglichkeiten zu sein. Es war Dr. Granowsky vorbehalten, als erster das Gedankengebäude untersucht zu haben, das Simpson errichtet hat und die Brüchigkeit der Fundamente aufzuzeigen, auf denen er errichtet wurde. Granowskys Buch behandelt nicht den gesamten von Simpson behandelten Problemkomplex, sondern nur die Bodenfrage, aber die ausführliche Untersuchung dieses Problems trifft so sehr den Kern von Simpsons Argumentation, daß die anderen Teile seines Berichtes dahinter notwendigerweise zurücktreten.

Das wichtigste und überraschendste Ergebnis, zu dem Simpson in seinem Bericht gelangt, ist bekanntlich die Feststellung, daß Palästina keinen Platz mehr für weitere jüdische Siedler hat, ja daß die im Lande ansässige arabische Bevölkerung schon heute nicht genügenden Boden für ihre eigenen Bedürfnisse besitzt. Dieses Urteil, das, wenn es richtig wäre, die Aussichten der jüdischen Kolonisation in Palästina vernichten würde, unterzieht Granowsky in dem ersten Kapitel seines Buches einer Kritik, bei der von Simpsons Gedankengang nicht mehr viel übrig bleibt. Simpson hielt Flugzeugaufnahmen für ausreichend, um zu dem Resultat zu gelangen, daß, nicht wie man bisher angenommen hatte, 66,7 Prozent, sondern nur 40 Prozent des Hügellandes kultivierbar sind. Damit nicht zufrieden, beging er den schwerwiegenden Rechenfehler, von der Gesamtfläche von etwa 8 800 000 Dunam, die das gesamte Hügelland ausmacht, zunächst 2.75 Millionen Dunam als Wüste in Abzug zu bringen, um dann vom Rest 40 Prozent als kultivierbar zu bezeichnen, während natürlich die 40 Prozent von dem gesamten Hügelland hätten berechnet werden müssen. Simpson hat in seiner Berechnung in Wahrheit nicht 40 Prozent, sondern 28 Prozent des Hügellandes für kultivierbar erklärt. Auf diese Weise sind allein mehr als 1 Million Dunam kultivierbaren Bodens als unkultivierbar erklärt worden. Und auf Grund von Rechenfehlern derart elementarer Art soll über das Schicksal unseres Palästinawerkes entschieden werden! Als kultvierbar betrachtet Simpson solche Ländereien, die mit den Arbeitsmethoden und finanziellen Mitteln des durchschnittlichen palästinensischen Bauern, also des Fellachen, erschlossen werden können. Diesem Prinzip getreu erklärt Simpson Sumpfland für unkultivierbar. Hätte er in Betracht gezogen, daß, wie Granowsky genau darlegt, die Juden bisher in Palästina 391.000 Dunam Sumpfland kultiviert haben, die heute von mehr als 12 000 Menschen bewohnt werden, so hätte er niemals seinen Begriff von kulturfähigem Lande aufgestellt, der, wie überhaupt sein Bericht, nur mit der primitiven arabischen Landwirtschaft rechnet und nicht mit den modernen Methoden jüdischer Kolonisation. Ebenso ungerechtfertigt ist die Ausschaltung des gesamten Berseba-Bezirkes, zumal Simpson selbst zugibt, daß auch heute dort schon 1.5 Millionen Dunam kultivierbar sind. Aber es galt ja eben, die kultivierbare Fläche als möglichst klein darzustellen! Granowsky zeigt dann in sehr interessanter Weise, daß die Berechnung der Zahl der landwirtschaftlichen Familien

bei Simpson und die Zahl des durchschn. Mitgliederbestandes einer Familie in vollem Widerspruche zu den offiziellen Angaben der Palästinaregierung (Johnson-Crosbie-Bericht usw.) stehen. Granowsky kommt zu dem höchst wichtigen Ergebnis, daß die Gesamtzahl der arabischen Bauernfamilien, die Simpson seiner Berechnung des im Durchschnitt auf jede Familie entfallenden Landbesitzes zugrunde legt, um 8468 Familien zu hoch angenommen ist! Nach derselben Methode sind die anderen Ziffern Simpsons errechnet: während er selbst angibt, daß bei nicht bewässerbarem Lande 100 bis 130 Dunam für eine Familie erforderlich sind, daß, wenn die Hälfte des Bodens bewässerbar ist, 40 Dunam erforderlich sind und bei ganz bewässerbaren Terrains 15—20 Dunam nötig sind, geht er bei seiner Berechnung davon aus, daß sämtliche Familien 130 Dunam zum Leben brauchen, in welchem Bezirke sie auch wohnen. Ohne die Einzelheiten von Granowskys sehr interessanten Ausführungen hier wiedergeben zu wollen, verzeichnen wir nur das Resultat, wonach für die palästinensischen Araber statt der von Simpson berechneten 8 000 000 Dunam nur 5 686 405 Dunam erforderlich sind und schon daraus sich für 48 000 bis 55 000 jüdische Familen Ansiedlungsmöglichkeiten ergeben.

Wir haben den Inhalt der ersten drei Kapitel von Dr. Granowskys Buch mit etwas größerer Ausführlichkeit wiedergegeben, weil es sich hier um die Kerngedanken des Simpsonschen Berichtes handelt, die widerlegt werden. Wir wollen aus dem weiteren Inhalt seines Buches nur noch auf einige Gedankengänge besonders aufmerksam machen. Das 8. und 9. Kapitel ist den beiden Vorwürfen gewidmet, die Simpson gegen die Prinzipien des Keren Kajemeth erhoben hat, nämlich der Unveräußerlichkeit seines Landes und dem Prinzip der jüdischen Arbeit. Granowsky zeigt, wie falsch es ist, die berechtigten Bedenken, die man gegen den Besitz der Toten Hand hat, auf das Keren-Kajemeth-Prinzip anzuwenden, das im Gegenteil in vollem Einklang mit den Anschauungen steht, die heute in den forgeschrittensten Ländern bestehen: man gibt dem Bodenbebauer das volle Recht zur Benutzung und zum Fruchtertrag, behält aber dem Staat ein Obereigentum vor, um spekulativen Mißbrauch des Landes zu verhüten. Charakteristisch für Simpson ist, daß er das mohammedanische Wakf-Land, gegen das sehr ernste Bedenken hätten geltend gemacht werden können, nicht erwähnt. Granowsky zeigt, daß, während man etwa im englischen Australien mit allen Mitteln die billigere ostasiatische Arbeit bekämpft, man es in Palästina den Juden verübeln will, daß sie auf ihrem eigenen Boden und mit ihren eigenen Mitteln Juden beschäftigen wollen.

Von großer Wichtigkeit ist das 6. Kapitel des Buches, worin der bekannte Vorwurf der Schaffung einer arabischen landlosen Klasse durch die jüdische Kolonisation ziffernmäßig beleuchtet wird. Hier findet sich die genaue Zahl der durch die jüdische Kolonisation im Emek „vertriebenen“ Pächter, die Entschädigungsbeträge, die ihnen vom Keren Kajemeth bezahlt wurden, sowie der genaue Nachweis, was aus ihnen geworden ist, wobei sich ergibt, daß der weitaus größte Teil auch heute landwirtschaftlich tätig ist und die im Durchschnitt pro Familie gezahlte Entschädigungssumme von 39 pal. Pfund fast vollkommen ausreicht, um einen Fellachen neu anzusiedeln. Mit Recht betont Granowsky, daß der Bodenkäufer nicht für das Schicksal der Pächter verantwortlich gemacht werden kann, sondern daß dieses die Aufgabe der Landesregierung — oder, möchten wir hinzufügen, des bisherigen Bodenbesitzers — ist.

Im Schlußkapitel des ersten Teiles bespricht Granowsky den von Simpson angedeuteten „Development Scheme“, zeigt die Schwierigkeiten, die sich dem Plan in der Simpsonschen Auffassung entgegenstellen würden und gibt Mittel an, wie der Notlage der Fellachen in einer ganz anderen Weise gesteuert werden könnte, wobei zugleich die jüdischen Kolonisationsinteressen geschützt werden würden. Mit diesem Kapitel steht der zweite Teil des Buches im Zusammenhang, worin Granowsky den Gedanken kritisiert, in Palästina durch ein Gesetz die Unverkäuflichkeit des Fallachenbodens festzulegen, wie angeblich von der Regierung beabsichtigt wird. Durch Vergleich mit Indien zeigt der Verfasser, daß Gesetze dieser Art niemals in der Wirklichkeit durchgeführt werden können und daß ihr bloßes Bestehen dem Fellachen jede Möglichkeit, Kredit zu erhalten, nehmen würde. Auch hier beschränkt sich Granowsky nicht auf die bloße Kritik, sondern er zeigt, wie etwa das ägyptische 5-Fedan-Gesetz, das den Zwangsverkauf eines bestimmten Bodenminimus verbietet, sinngemäß auf Palästina angewandt, dem Fellachen weit eher helfen würde. Er erörtert zugleich, sich hierbei mit den Vorschlägen Stricklands berührend, andere Möglichkeiten, wie die Fellachen aus der Hand der Wucherer befreit und zur Intensivierung ihrer Wirtschaft angehalten werden können.

Wir haben uns damit begnügen müssen, einen kleinen Teil der zugleich kritischen und konstruktiven Gedankengänge Granowskys dem Leser vorzuführen. Hoffentlich wird dieses Buch dazu beitragen, die unheilvolle Wirkung des Simpson-Berichtes aufzuheben und in der öffentlichen Meinung, bei Nichtjuden und Juden, den Glauben an die Möglichkeit und an die Gerechtigkeit des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina zu bestärken.

Dr. Fritz Löwenstein.

Wirkungen des Macdonald-Briefs

Ein Statement der Zionistischen Organisation Amerikas

Neuyork, 2. März. (JTA.) Das Administrative Committee der Zionistischen Organisation Amerikas hat am Montag, dem 16. Februar, zur neuen englischen Regierungserklärung Stellung genommen und nach längerer Debatte ein Komitee eingesetzt, das gemeinsam mit dem amerikanischen Komitee der Jewish Agency eine Resolution über die Regierungserklärung ausarbeiten sollte. Dieses Komitee hat nunmehr seine Arbeiten abgeschlossen. Die Ergebnisse seiner Beratungen liegen in einem vom Administrative Committee veröffentlichten Statement vor.

In dem Statement wird erklärt, der Brief des Ministerpräsidenten Mac Donald stelle hinsichtlich seines gesamten Tones und der in ihm enthaltenen Würdigung für die Leistungen der Juden in Palästina, sowie durch die Anerkennnug der Verbundenheit des gesamten jüdischen Volkes mit Palästina einen Fortschritt gegenüber dem Weißbuch vom Oktober 1930 dar. Vieles jedoch, was einer Erklärung bedarf, werde in dem Briefe vermißt, so daß ein endgültiges Urteil über dieses Dokument erst möglich sein wird, wenn die Konklusionen bezüglich anderer Phasen der britischen Po-

litik dem Zionistenkongreß und dem Council der Jewish Agency vorliegen werden.

Das Statement des Administrative Committee der Zionistischen Organisation Amerikas ist als Entgegnung auf die Erklärung Prof. Weizmanns, durch den Brief des Ministerpräsidenten Ramsay Mac Donald sei die Basis für eine Kooperation zwischen der Jewish Agency und der Mandatarmacht wiederhergestellt worden, aufzufassen. Dr. Weizmann hatte damals allerdings ausdrücklich betont, daß er diese Erklärung nur im eigenen Namen abgeben könne.

Die Zionisten Polens und die Resultate der Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung

Warschau, 25. Februar. (JTA.) Nach der Rückkehr des Abgeordneten J. Grünbaum, Vorsitzenden der Zionistischen Organisation Kongreßpolens, aus London, hielt das Zionistische Zentralkomitee eine Sitzung ab, in der, nach dem Referat Grünbaum, eine Reihe Beschlüsse gefaßt wurde.

Das Komitee, heißt es in den Beschlüssen, nimmt mit Befriedigung Kenntnis davon, daß der Brief Mac Donalds an Dr. Weizmann, der dem High Commissioner in Palästina als verpflichtende Instruktion übersandt, dem Völkerbund notfiziert und dem englischen Parlament als authentische Interpretation des Weißbuches von 1930 unterbreitet wurde, zu einem großen Teil das Unrecht des Paßfield-Weißbuches aus der Welt geschafft hat. Es werden in einer Resolution die Zugeständnisse des Mac Donald-Briefes im einzelnen umrissen und die Zionistische Exekutive, sowie die Politische Kommission aufgefordert, bei den weiteren Verhandlungen, betreffend den Entwicklungsplan, die gerechten zionistischen Forderungen mit Hartnäckigkeit und Ausdauer zu vertreten; es dürfe keinem Plane zugestimmt werden, der das Recht der Juden auf Palästina und die Entwicklung des Nationalheims irgendwie einschränkt. Insbesondere darf die Zionistische Organisation nicht ihre negative Stellung gegen den Plan eines Legislative Council in Palästina aufgeben, da die Araber, die das Mandat und das Nationalheim nicht anerkennen, in dem Legislative Council ein Werkzeug zur Verhinderung der Verwirklichung der Mandatsvorschriften sehen werden.

Wichtige Mitteilungen Grünbaums in einer Pressekonferenz

Warschau, 25. Februar. (JTA.) Der Präsident der Zionistischen Organisation Polens, Abg. J. Grünbaum, machte in einer Pressekonferenz u. a. folgende Mitteilungen: Premier MacDonald wollte seinen bekannten Brief an Prof. Weizmann privat adressieren. Dies hätte die Bedeutung des Dokuments verkleinert. Man setzte es schließlich durch, daß der Brief an Weizmann als den Präsidenten der Jewish Agency adressiert werde. Die politische Kommission forderte, daß die Erklärung MacDonalds in der Form eines neuen White Paper herausgegeben werde, aber hervorragende Londoner Juristen erklärten, daß in England wie überall die Interpretation des Gesetzes wichtiger ist als das Gesetz selbst, und daß in jedem Falle einer Meinungsverschiedenheit das Weißbuch erst im Zusammenhang mit dem Kommentar als autoritativ herangezogen werden kann. Die englische Regierung hat die Versicherung abgegeben, daß sie nicht mehr nur Beobachterin bleiben, sondern sich positiv an dem Aufbau Palästinas beteiligen will. Sie nennt sich die erste englische Regierung, die so etwas tut. Wahrscheinlich wird die Regierung dem Parlament eine Vorlage betreffend eine Anleihe von 2,5 Millionen Pfund für den Palästina-Aufbau vorlegen. Wir unsererseits werden uns bemühen, den staatlichen Entwicklungsplan in Palästina zu verbreitern. Die Unterhandlungen über die weiteren Punkte des Weißbuches, wie Legislative Council usw., werden nach Weizmanns Rückkehr aus Palästina seitens der Regierung durch eine aus verschiedenen Departements zusammengesetzte Kommission fortgeführt werden, an deren Spitze der oberste Juris Counsel von Schottland und der Sohn MaxDonalds, die beide Freunde des jüdischen Aufbauwerkes sind, stehen werden. Diese Unterhandlungen werden wahrscheinlich mit Anteilnahme der Araber stattfinden. In Palästina entstand die Idee einer Round Table Konferenz. Erst nach erfolgreicher Beendigung einer solchen Konferenz würde die Frage eines Legislative Council spruchreif werden.

„Unser Weg" gegen Fortführung der Regierungsverhandlungen durch die gegenwärtige Exekutive

London, 1. März. (JTA.) Das revisionistische Organ „Unser Weg" veröffentlicht unter der Überschrift „Zum zweiten Teil der Verhandlungen" einen Artikel, in dem die Zionistische Exekutive aufgefordert wird, die Verhandlungen mit der englischen Regierung abzubrechen und die Fortsetzung dieser Verhandlungen der vom Kongreß zu wählenden neuen Exekutive zu überlassen. Die britische Regierung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ergebnisse des zweiten Teils der Verhandlungen zwischen ihr und der gegenwärtigen Leitung der Jewish Agency nicht von der gesamten Zionistischen Organisation als bindend und verpflichtend betrachtet werden würden. Verhandlungen mit der gegenwärtigen Exekutive seien jetzt, drei Monate vor dem Zusammtritt des Kongresses, völlig wertlos.

MacDonald-Brief dem Völkerbund überreicht
Befriedigung in Völkerbundkreisen

Genf, 27. Februar. (JTA.) Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist soeben seitens der britischen Regierung der vom Premierminister Ramsay MacDonald an den Präsidenten der Jewish Agency, Dr. Chaim Weizmann, gerichtete Brief, der eine autoritative Interpretation des Weißbuches vom Oktober 1930 enthält, zugestellt worden. Abschriften des Briefes sind seitens des Völkerbundssekretariats allen Mitgliedern des Völkerbundsrates und der Mandatskommission zugestellt worden.

In den Kreisen des Völkerbundes in Genf herrscht die Überzeugung vor, daß dieser Brief MacDonalds an Weizmann der Mandatskommission, die sich in ihrer Mai-Session mit dem Weißbuche zu befassen haben wird, eine der schwierigsten und delikatesten Aufgaben, vor denen sie je gestanden hat, erleichtert hat.

Kein Wiedereintritt des Misrachi in die Zionistische Exekutive

Erklärungen von Rabbi Fishmann und vom Führer der Opposition innerhalb des Misrachi, Dr. Oskar Wolfsberg

Wien, 27. Februar. (JTA.) Rabbi Fishman aus Palästina, Mitglied des Weltmerkas des Misrachi, der in diesen Tagen in Wien geweilt hat, gab vor seiner Rückreise nach Palästina gegenüber dem JTA-Vertreter die folgende Erklärung ab: Alle Meldungen über ein beabsichtigtes Wiedereintreten der Repräsentanten des Misrachi in die gegenwärtige Exekutive der Jewish Agency

oder in die Exekutive der Zionistischen Organisation sind ohne Grundlage. Die Misrachi-Vertreter haben mit ihrem Austritt aus der Exekutive jede Verantwortung für die politische Arbeit derselben von sich getan. Es sei auch die herrschende Meinung in den Kreisen des polnischen Misrachi, daß Dr. Weizmann kein Recht gehabt hat, den Brief MacDonalds zu akzeptieren; dieser Brief enthalte, — außer einigen Zutaten — nichts, was die Gemüter beruhigen oder die Arbeit in Palästina erleichtern könnte.

Berlin, 1. März. (JTA.) Dr. Oskar Wolfsberg berichtet in der „Jüdischen Rundschau" abermals über die energischen Bemühungen des deutschen Misrachi, Lazarus Barths Verbleiben in der Exekutive durchzusetzen und die Wiederherstellung der Koalition, d. h. den Wiedereintritt des Misrachi, herbeizuführen. Dem deutschen Misrachi kam es darauf an, in so entscheidenden Momenten die Mitverantwortung eines so großen und bedeutenden Teils der zionistischen Welt, wie es der Misrachi ist, und die Mitarbeit seiner Vertreter in der Exekutive zu sichern. Diese Bemühungen führten dazu, daß Herr Farbstein, der Vorsitzende der Misrachi-Fraktion, für den 8. Februar eine Konferenz der misrachistischen AC.-Mitglieder, die in Europa weilten, einberief, zu der die Landeszentrale des deutschen Misrachi eingeladen war. Diese entsandte die Herren Max J. Kober und Dr. O. Wolfsberg nach Warschau. Das Ergebnis der Sitzung in Warschau war völlig negativ, das Resultat niederschmetternd. Die Argumente des deutschen Misrachi fanden kaum die Beachtung, die sie beanspruchen durften. So blieb nichts anderes als die endgültige Demission auch Lazarus Barths übrig.

Blutbeschuldigung in Palästina

„Felestin" eröffnet die Hetzkampagne — Colonel Kisch fordert behördliches Einschreiten — Untersuchung eingeleitet

Jerusalem, 2. März. (JTA.) Die arabische Zeitung „Felestin" veröffentlicht unter dem Titel „Arabische Kinder von einem jüdischen Verbrecher gestohlen. Wurde die Tat zum Zwecke der Blutentnahme verübt?" eine Notiz, durch die zum ersten Male in Palästina und zum ersten Male im vorderen Orient seit der Ritualmordaffäre von Damaskus öffentlich die Blutbeschuldigung gegen die Juden erhoben wird. In der Notiz wird mitgeteilt, ein arabischer Gemüsehändler namens Mahmud Ahmed al Sayed habe, als er am Sonnabend, den 28. Februar, abends, nach Jaffa kam, in der Nähe der Regierungsschule den Juden Omar Levi getroffen, der einen weiten Mantel trug, unter dem er anscheinend einen größeren Gegenstand verbarg. Sayed habe Verdacht geschöpft und habe, als er sich dem Juden näherte, die Stimmen schreiender Kinder gehört. Auf Sayeds Aufforderung gab der Jude einen Knaben und ein Mädchen, Kinder von Said Almadhoun, frei. Er war sehr erschrocken und behauptete, er habe die Kinder bloß zu seinem Vergnügen spazierengeführt. Al Sayed veranlaßte die Verhaftung Omar Levis.

„Felestin" knüpfte an diesen Bericht, der angeblich seinem Herausgeber von dem arabischen Gemüsehändler persönlich übergeben wurde, die Vermutung, daß Levi die Kinder, die in letzter Zeit in Haifa und in anderen Orten verschwunden sind, gestohlen hat.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, Colonel Kisch, beim Chefsekretär Young vorgesprochen und ein behördliches Einschreiten gegen die arabische Zeitung wegen Verbreitung dieser gefährlichen Verleumdung gefordert. Die Frage wird vermutlich vom High Commissioner selbst im Executivrat der Regierung zur Sprache gebracht werden. Inzwischen hat Chefsekretär Young die Jaffaer Behörden angewiesen, Nachforschungen über den in der Notiz des „Felestin" behaupteten Vorfall einzuleiten und insbesondere festzustellen, ob tatsächlich ein Mann namens Omar Levi verhaftet wurde.

Blutbeschuldigung auch in Oran

Paris, 27. Februar. (JTA.) Vor einiger Zeit wurde in der algerischen Stadt Oran, dem Zentrum der antisemitischen Bewegung in Algier, wo es infolge der andauernden Hetzkampagne des von dem verstorbenen Bürgermeister von Oran, Abg. Molle, begründeten Blattes „Le Petit Oranais" schon wiederholt zu antisemitischen Unruhen gekommen ist, der Jude Teboul, seine Gattin und seine Schwiegermutter unmittelbar nach dem Tode seiner Schwägerin Juliette Torjman verhaftet. Gegen Teboul wird die Beschuldigung des Ritualmordes erhoben. Die Untersuchung wird von den Behörden durchaus im Sinne dieser Beschuldigung geführt. Das Gericht ist bemüht, Beweismaterial gegen den angeblichen Ritualmörder zu erlangen.

Während Tebouls Gattin und seine Schwiegermutter bereits auf freien Fuß gesetzt wurden, ist Teboul, wie die lokale Presse meldet, im Gefängnis schwersten Mißhandlungen ausgesetzt. Er wurde wiederholt bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Als er sich nach einer Mißhandlung krank meldete, wurde ihm die Aufnahme ins Spital vom diensthabenden Arzt mit der Erklärung, es fehle ihm nichts, verweigert. Die nichtantisemitischen algerischen Zeitungen machen den Behörden den Vorwurf, daß sie sich von mittelalterlichen Vorurteilen leiten lassen und sich in diesem Falle über den Grundsatz menschlicher Behandlung der Gefangenen völlig hinwegsetzen, obwohl keinerlei Beweise gegen Teboul vorliegen. Die Blutbeschuldigung gegen Teboul und das eigenartige Verhalten der Behörden haben in der jüdischen Bevölkerung von Oran tiefe Beunruhigung hervorgerufen.

Sitzung der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde Berlin

Berlin, 20. Februar. (JTA.) Am Donnerstag, den 19. Februar, trat die Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin zu einer Sitzung zusammen, die der stellvertretende Vorsitzende Herr Dr. Alfred Klee an Stelle des erkrankten Vorsitzenden Herrn Geheimrat Dr. J. Stern eröffnete. Vor Eingang in die Tagesordnung sprach Dr. Klee warme Worte des Gedenkens für die in letzter Zeit verstorbenen hervorragenden Mitglieder der Gemeinde, den ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Kommerzienrat Gerson Simon, den Vorsitzenden des Wohlfahrts- und Jugendamtes und früheren langjährigen Vorsitzenden der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden Eugen Caspary und Frau Lucie Prinz, die Gattin des Rabbiners Dr. Joachim Prinz.

Die Repräsentantenversammlung erledigte ein ungemein reichhaltiges Arbeitspensum. Bei einzelnen Punkten der Tagesordnung kam es zu lebhaften Erörterungen grundsätzlicher Art. Lebhaftem Interesse begegnete ein von der Fraktion der Jüdischen Volkspartei eingebrachter Antrag, der Vorstand der Jüdischen Gemeinde möge nach dem Muster der von der Essener Gemeinde für nichtjüdische Kreise veranstalteten Aufklärungsvorträge noch in diesem Winter einen ähnlichen Aufklärungszyklus für Berlin abhalten. Einladungen zu diesen Vorträgen sollen an weite nichtjüdische Bevölkerungskreise, u. a. an das Reichsbanner, die freien und christlichen Gewerkschaften gehen, darüber hinaus auch an rechtsstehende Gruppen. Zweck der Vorträge soll sein, darzulegen, daß Geheimlehren im Judentum ebensowenig bestehen wie — nach allgemein ethischen Begriffen — unmoralische Gebote des Talmud. Darüber hinaus könnte ein Grundriß der jüdischen Lehre und ihrer Auswirkungen auf die Menschheitskultur unter Berücksichtigung insbesondere der Wirtschaftsethik des Judentums gegeben werden.

Der Antrag wurde von Ministerialrat Hans Goslar (Volksp.) begründet, der u. a. auch auf die Bedeutung des Rundfunks für die Aufklärung über jüdische Probleme hinwies.

Dr. Kurt Fleischer (lib.) erinnerte daran, daß die liberale Fraktion am 12. Dezember einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht habe. Die angeregte Aufklärung dürfe sich nur auf rein religiöse Themen erstrecken, während die politische Abwehr anderen Faktoren überlassen bleiben müsse. Als Ort für die Aufklärungsvorträge, die tunlichst an Sonntagen gehalten werden sollen, kämen nur die großen Synagogen in Betracht. Auf Vorschlag von Dr. Klee wurden die Herren Ministerialrat Goslar und Dr. Fleischer beauftragt, sich zum Zwecke der Vorbereitung dieser Aufklärungsaktion mit dem Gemeindevorstand ins Benehmen zu setzen.

Auf Anfragen der liberalen Fraktion bezüglich des Etats für 1931 und der Vorlage einer gemeindlichen Vermögensaufstellung gab Dr. Elbogen eine Reihe von Ersparungsmaßnahmen bekannt, die vom Gemeindevorstand getroffen werden sollen. Hierzu regte Herr Moritz Rosenthal (lib.) die Gründung eines Vereins der Freunde der Anstalten der Jüdischen Gemeinde an, dessen Ziel es sein soll, eine Steigerung der Eingänge herbeizuführen. Ferner trat er für Reduktion des hebräischen Sprachunterrichts und Übernahme der jüdischen Volksschulen durch die Berliner Stadtgemeinde ein.

Namens des Gemeindevorstandes erklärte Direktor Kareski, die Gemeinde sei bemüht, Ersparnisse durch stärkere Heranziehung der verpflichteten Lastenträger für Waisenpflege und Altersfürsorge zu erzielen. Die Ausgaben für den hebräischen Unterricht seien nur ganz unwesentlich gestiegen. Bei aktiver Unterstützung durch die Vertreter der Liberalen hätten auch die Verhandlungen bezüglich Gewährung eines Beitrages für die Schulen der Jüdischen Gemeinde seitens der Stadtgemeinde Berlin einem Abschlusse näher gebracht werden können. Schließlich sagte Direktor Kareski die Vorlage einer Aufstellung des Vermögens der Jüdischen Gemeinde bei der Sitzung der nächsten Repräsentantenversammlung zu.

Über die Schulfragen entwickelte sich nun eine längere Debatte, in der Rosenthal den Standpunkt vertrat, es müsse nicht auf die Gewährung eines Zuschusses seitens der Gemeinde, sondern auf eine Übernahme der Schulanstalten durch diese hingewirkt werden. Die vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Erwägung gezogene Umwandlung der Mittelschulen der Jüdischen Gemeinde in höhere Schulen sei, abgesehen vom prinzipiellen Bedenken, schon deswegen nicht möglich, weil der jetzige Lehrkörper bei Umwandlung der Schulen in höhere Schulen nicht mitübernommen werden könnte. Rechtsanwalt Dr. Kollenscher (Vorstand) erklärte, die Stadt habe es bisher strikte abgelehnt, die Schulen zu übernehmen, es sei auch nicht zu erwarten, daß sie sich späterhin dazu bereit erklären wird, da sie gesetzlich hierzu nicht verpflichtet ist. Wohl aber bestehe die Möglichkeit, für die Schulen das Öffentlichkeitsrecht und entsprechende Beiträge seitens der Gemeinde zu erlangen. — An der Aussprache beteiligten sich noch Ministerialrat Goslar, Direktor Guttmann u. a. m.

Neben Beihilfen für verschiedene Zwecke wurde der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden eine Subvention von 15 000 RM. bewilligt. Ferner wurde der Kostenanschlag für die innere Einrichtung und die Terrain- und Gartenanlagen des Altersheims in Schmargendorf zur Kenntnis genommen.

Am Schluß der Sitzung gab es anläßlich einer Anfrage der liberalen Fraktion über den Stand der eingebrachten Wahlproteste eine lebhafte Auseinandersetzung, in der von liberaler Seite der Jüdischen Volkspartei der Vorwurf gemacht wurde, daß sie nach der letzten Wahl Wahlproteste eingebracht habe, obwohl Dr. Klee im Jahre 1922 es als unvereinbar mit dem jüdischen Selbstbewußtsein bezeichnet habe, in jüdischen Angelegenheiten die Intervention Außenstehender in Anspruch zu nehmen. Demgegenüber erklärte Dr. Klee, daß die Wahlproteste nicht von der Jüdischen Volkspartei ausgegangen seien. Während der zeitweilig äußerst stürmisch verlaufenen Debatte kam auch die Frage der Finanzierung eines Lehrstuhls an der Hebräischen Universität in Jerusalem durch die Jüdische Gemeinde zur Sprache. Die Liberalen kündigten an, daß sie in der kommenden Periode die Einschränkung des Schulwerks und die Streichung der Ausgaben für den Lehrstuhl an der Hebräischen Universität durchsetzen würden, während von Seiten der Vertreter der Jüdischen Volkspartei darauf hingewiesen wurde, daß die Finanzierung des Lehrstuhls an der Universität Jerusalem auf Grund einer Parteienvereinbarung vom Gemeindevorstand einstimmig beschlossen wurde und keinesfalls bloß für eine einzige Legislaturperiode gedacht war.

Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden

Unter diesem Titel erscheint in einigen Tagen im Verlage von Georg Stilke, Berlin NW 7, ein Buch von Dr. Alfred Marcus. Marcus hat sich durch eine Anzahl größerer Veröffentlichungen auf volkswirtschaftlichen Fachgebieten bereits einen Namen gemacht und geht nun jetzt daran, an Hand einer sehr eingehenden Untersuchung die Gründe für den besonders krisenhaften ökonomischen Zustand des jüdischen Bürgertums in Deutschland darzulegen, hieraus aber auch die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die Untersuchung stützt sich auf ein sehr umfangreiches Zahlenmaterial, welches die Verhältnisse bis in das Jahr 1930 hinein berücksichtigt und eingehend genug ist, um den Grad und das Tempo der Herausdrängung des selbständigen jüdischen Kaufmanns und Gewerbetreibenden aus den wichtigsten Wirtschaftsgruppen erkennen zu lassen. Als solche betrachtet Marcus den Metallhandel, das Bankgewerbe, die Textilwirtschaft und den Getreidehandel. Die Berliner Verhältnisse, die ja für annähernd den dritten Teil des deutschen Gesamtjudentums maßgebend sind,

werden gesondert behandelt. Marcus kommt zu dem Ergebnis, daß die Umformungen wirtschaftlicher Art, welchen der Kern des jüdischen Bürgertums in Deutschland gegenwärtig unterliegt, keine Folge von bloßen Konjunkturerscheinungen sind; sie sind vielmehr objektiv und subjektiv bedingt durch den Verlust der „zusätzlichen wirtschaftlichen Leistung", welche die deutschen Juden in einer Wirtschaftsepoche für sich in Anspruch nehmen konnten, die nicht wie die heutige ihr Ziel in der Organisierung und Kollektivisierung des wirtschaftlichen Geschehens erblickt. Dieser Verlust nun hat auf der anderen Seite zur Folge eine „zusätzliche wirtschaftliche Krise", die wiederum eine starke Steigerung der Assimilationstendenz auf kulturellem und geistigem Gebiet in sich trägt. Wir werden das Buch nach seinem Erscheinen an dieser Stelle noch eingehend besprechen.

Aus der jüdischen Welt

Hauptversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums

B e r l i n, 26. Februar. (JTA.) Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums hielt am Mittwoch, dem 25. Februar, im Logenhaus zu Berlin ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Legationsrat Prof. M. Sobernheim, gedachte zunächst der im Berichtsjahre verstorbenen hervorragenden Mitglieder der Gesellschaft und erstattete sodann den Rechenschaftsbericht, aus dem hervorging, daß die Gesellschaft infolge der schwierigen ökonomischen Lage einen Mitgliederabgang von 113 Personen zu verzeichnen hat. Dagegen konnten durch die Werbearbeit 130 neue Mitglieder gewonnen werden, so daß am Ende des Berichtsjahres der Mitgliederstand 1649 betrug.

Nach einem Berichte des Revisors, Herrn Siegfried Elle, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurden die bisherigen Ausschußmitglieder wiedergewählt.

Im Anschluß an die Hauptversammlung hielt Dozent Dr. Harry Torczyner einen Vortrag über das Thema „Die Bibel und die Literaturen des alten Orients".

Das Schuldbudget der Frankfurter israelitischen Gemeinde

F r a n k f u r t, a. M., 23. Februar. (JTA.) In der letzten Sitzung des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde wurde der etatmäßige Zuschuß für das gesamte Schulwerk für 1931/32 mit 288 000 RM. mit der Maßgabe bewilligt, daß durch die bevorstehende Herabsetzung der Beamtengehälter eine Subventionsverminderung eintreten kann. Die Maßnahme über Abbau des Philanthropins wurden für 1931/32 zurückgestellt.

Gegen antisemitische Provokationen in der Staatsbibliothek und in den Museen

B e r l i n, 16. Februar. (JTA.) In einer kleinen Anfrage eines Landtagsabgeordneten wurde darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit wiederholt in der Staatsbibliothek mit Hakenkreuzen versehene Personen die Besucher der Bibliothek belästigt und an der Ausführung ernster Arbeit gehindert hätten. Ähnliche Vorgänge würden aus einigen Museen gemeldet. Das Staatsministerium wurde gebeten, das Verbot des Tragens von Parteiabzeichen in den Schulen und anderen Bildungsanstalten auch auf die Staatsbibliothek und ähnliche Einrichtungen auszudehnen. Das Staatsministerium hat geantwortet, daß die in dem Runderlaß des Ministers des Innern vom 11. Juni 1930 niedergelegten Bestimmungen auch hinsichtlich der in der Anfrage genannten Staatsanstalten ausreichend sind; gegen provokatorisches Verhalten werde eingeschritten werden.

Rechtsausschuß des Braunschweigischen Landtages nimmt Schächtverbot an

B r a u n s c h w e i g, 23. Februar. (JTA.) Im Rechtsausschuß des Braunschweigischen Landtages wurde der nationalsozialistische Antrag, das betäubungslose Schächten von Schlachttieren zu verbieten, einstimmig angenommen. Der Antrag wurde neu formuliert und lautete: das Staatsministerium wird ersucht: 1. baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den bei der Tötung von Schlachttieren ein möglichst humanes Verfahren zwingend vorgeschrieben und das betäubungslose Schächten von Tieren verboten wird, und 2. die Reichsregierung zu veranlassen, für das ganze Reich geltende Bestimmungen im Sinne der Ziffer 1 zu erlassen.

Verfassungsrechtlicher Konflikt zwischen österreichischer Regierung und den jüdischen Gemeinden

W i e n, 23. Februar. (JTA.) Der latente Konflikt zwischen der österreichischen Bundesregierung und den jüdischen Gemeinden in der Frage der Subventionierung des jüdischen Kultus hat nunmehr dadurch eine Verschärfung erfahren, daß das Parlament das Staatsbudget verabschiedet hat, ohne daß die Bedürfnisse des jüdischen Kultus in dem Budget irgendwie berücksichtigt worden sind. Der Verband der jüdischen Gemeinden Österreichs sandte der Regierung ein Schreiben, in welchem nachhaltiger Protest dagegen erhoben wird, daß das in der Verfassung verankerte Gesetz der konfessionellen Gleichberechtigung gegenüber den jüdischen Gemeinden nicht respektiert wird. In dem Schreiben wird die Einbringung eines speziellen Gesetzes über Subventionierung des jüdischen Kultus gemäß den Staats- und Friedensverträgen sowie nach dem Grundsatz der konfessionellen Gleichberechtigung gefordert. Nach Erhalt dieses Schreibens hat Kultusminister Czermak das Präsidium der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde zu mündlichen Verhandlungen eingeladen, die in diesen Tagen stattfinden werden.

Es verlautet, daß sich neue Schwierigkeiten dadurch ergeben haben, daß der Bundeskanzler Ender sich gegen eine Pauschal-Subventionierung des jüdischen Kultus ausgesprochen hat und sich nur zu fallweisen Unterstützungen notleidender Einzelgemeinden verstehen will. Der Verband der Gemeinden lehnt ein solches Angebot entschieden ab, weil das System einer Notunterstützung der Regierung eine Handhabe bieten wird, eine Kontrolle über die Gemeindeverwaltungen auszuüben, was einer Schmälerung der Gemeindeautonomie gleichkommt.

Jahreskonferenzen der österreichischen Misrachisten und Revisionisten

W i e n, 27. Februar. (JTA.) In den ersten Tagen der letzten Februar-Woche wurden in Wien die Jahreskonferenzen der österreichischen Misrachisten und Zionisten-Revisionisten abgehalten. Auf der Misrachi-Tagung, an der auch das Mitglied der Weltleitung, Rabbi Fishman aus Palästina teilnahm, wurde u. a. über die Gründe des

Austritts der Misrachi-Führer aus der Executive der Jewish Agency berichtet.

Auf der Konferenz der Revisionisten wurde ein Brief des Präsidenten der Weltunion der Zionisten-Revionisten Wladimir Jabotinsky verlesen, in dem dieser ankündigt, daß die Weltunion, da sie für schöpferische Arbeit bereits reif sei und das Judentum von den Revisionisten schaffendes Beispiel erwarte, in nächster Zeit an selbständige politische und wirtschaftliche Leistungen herangehen werde. Weiters kündigt Jabotinsky die Erweiterung des revisionistischen Programms durch Einbeziehung „diasporaler Gegenwartsarbeit" an.

Der Senat in Polen für Abschaffung der gesetzlichen Beschränkungen gegen die Juden

Warschau, 1. März. (JTA.) Das Plenum des polnischen Senats hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Regierungsvorlage, betreffend Abschaffung der aus der Zarenzeit stammenden gesetzlichen Beschränkungen gegen die Juden in Polen, die durch die Verfassung der polnischen Republik noch nicht aufgehoben worden waren, befaßt. Der Referent des Senatsausschusses, Senator Bogucki, schlug einige kleine Änderungen vor und erklärte, die Gesetzesvorlage stelle eine authentische Interpretation zur Verfassung dar und werde also nach ihrer Annahme ein Teil der Verfassung selbst werden. Der jüdische Senator Mendelsohn sprach der Regierung für ihre Initiative bei der Abfassung der Gesetzesvorlage den Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diesem ersten Schritt der Durchführung der vollen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung andere Schritte zur Beseitigung weiteren Unrechts, das der jüdischen Bevölkerung angetan wird, folgen werden. Vor kurzem hat einer der Führer im Regierungslager von der Tribüne des Sejm herab erklärt, daß die Angelegenheit der Zwangssonntagsruhe zugunsten der gesetzestreuen jüdischen Bevölkerung abgeändert werden wird.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit einigen von der Senatskommission vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Infolge dieser Änderungen wird das Gesetz noch einmal den Sejm passieren müssen, es erscheint aber unzweifelhaft, daß der Sejm seine Zustimmung zu diesen Änderungen geben und daß das Gesetz alsdann in Kraft treten wird.

Antisemitische Hetze in Litauen

Ein Konflikt zwischen Regierung und katholischer Kirche wird auf dem Rücken der Juden ausgetragen

Kowno, 26. Februar. (JTA.) Die katholische Kirche in Litauen steht seit einiger Zeit in einem Konflikt mit der Regierung. Um die Regierung in Verruf zu bringen, wird von einem Geistlichen das Gerücht ausgesprengt, daß die Haltung der Regierung auf jüdischen Einfluß zurückzuführen sei. Infolge dieser Gerüchte verbreitet sich im Lande eine gefährliche antisemitische Stimmung. Geistliche verteilen Flugblätter, in denen behauptet wird, die Regierung versuche, die Christen zu zwingen, ihre Hochzeitszeremonien durch Rabbiner vollziehen zu lassen, ferner, daß die Regierung den Juden große Subventionen gewähre, so daß die Rabbiner weitaus höhere Gehälter beziehen können als die katholischen Geistlichen und daß die Juden als Kompensation hierfür der Regierung Spionagedienste gegen die Geistlichkeit leisten.

Der jüdischen Öffentlichkeit hat sich, da man allgemein fürchtet, daß diese Propaganda zu antisemitischen Ausschreitungen führen könnte, heftige Erregung bemächtigt. Der Leiter des Polizeidepartements hat gegenüber dem JTA-Vertreter die Versicherung abgegeben, daß die Behörden sich der von dieser Propaganda ausgehenden Gefahr bewußt sind und Maßnahmen zur Verhütung von Unruhen getroffen haben. Ebenso wird im Innenministerium eine Aktion vorbereitet, um die antisemitische Agitation zum Stillstand zu bringen.

Antisemitischer Sturm an der Universität Fünfkirchen

Budapest, 25. Februar. (JTA.) Aus Pecs (Fünfkirchen) wird telegraphiert: Gestern abend entstand im Apollo-Kino während einer Vorführung des Landes-Filmreklamebureaus zwischen christlichen und jüdischen Universitätshörern ein Konflikt, der bald tumultöse Formen annahm. Die Polizei stellte aber nach kurzer Zeit die Ruhe wieder her und die Vorführung konnte ihren ungestörten Verlauf nehmen. Offenbar im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall forderte heute vormittag im Zentralgebäude der Universität eine größere Gruppe von Hochschülern die jüdischen Hörer der Medizin zur Legitimierung auf, wobei es zu überaus erregten Szenen kam. Gegen mittag zog eine inzwischen auf etwa 100 bis 150 Köpfe angewachsene Gruppe in das Anatomische Institut, wo in der Vorhalle die dort eintreffenden jüdischen Hörer gleichfalls zur Legitimierung aufgefordert wurden. Die porvozierten Studenten leisteten aber Widerstand, worauf sie von den Angreifern mit Stöcken insultiert wurden. Dem Tumult bereitete der Vorstand des Anatomischen Instituts, Prof. Dr. Entz, ein Ende, der die Nichtmediziner energisch hinauswies, die Renitenten legitimieren, ihnen die Stöcke abnehmen ließ und schließlich dem Rektor, Prof. Dr. Bozoky, von dem Vorgefallenen Meldung erstattete. Der Rektor suchte um polizeiliche Bereitschaft an. Nachdem die Polizei das Anatomische Institut besetzt hatte, wurden die Tore um 1 Uhr nachmittags geöffnet und die jüdischen Hörer konnten abziehen. Beim Rektor erschienen namens der jüdischen Hörerschaft die Studenten Franz Fodor und Ladislaus Guttmann, um sich über die ihnen zugefügte Unbill zu beschweren. Der Rektor versprach, gegen die Ruhestörer in der energischsten Weise vorzugehen. Am Nachmittag richtete der Rektor an die Universitätsjugend einen Aufruf, worin er sie vor weiteren Ruhestörungen warnt, da er sonst gezwungen wäre, die Universität zu schließen.

Obwohl der Rektor bei Wiederholung der Unruhen mit der Sperrung der Universität drohte, wiederholten sich gestern vormittag die abstoßenden Szenen, bei welchen einzelne jüdische Studenten von einer vielfachen Übermacht angegriffen und niedergeschlagen wurden. Der Rektor sah keinen anderen Ausweg, als die Sperrung der Universität für zwei Tage zu verfügen. Vier jüdische Kandidaten, die gestern den Doktortitel erhalten sollten, wurden bedroht, so daß sie zur Promotion in der Universität nicht erscheinen konnten. Vier verletzte jüdische Studenten haben sich beim Rektoratsamte gemeldet. Ihre Beschwerden wurden zu Protokoll genommen, das Verfahren zur Feststellung der Angreifer wurde eingeleitet. — Am Abend fand vor der Redaktion des „Pecsi Naplo" eine Kundgebung statt, wobei sämtliche Fenster der Redaktion und der Druckerei eingeschlagen wurden. Die Demonstration erfolgte, weil ein Mitarbeiter dieser Zeitung einigen Budapester Blättern Berichte über die Studentenunruhen gesandt hatte.

Rückgang der jüdischen Bevölkerung der Schweiz

Genf, 1. März. (JTA.) Nach den soeben erschienenen „Vorläufigen Ergebnissen der eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930" gibt es in der Schweiz 18 478 Juden gegen 20 979 im Jahre 1920. Auf die einzelnen Kantone verteilen sie sich wie folgt: Zürich 6189, Bern 1554, Luzern 544, Uri 11, Schwyz 12, Obwalden 2, Nidwalden 6, Glarus 6, Zug 46, Fribourg 113, Solothurn 152, Basel Stadt 2596, Basel Land 197, Schaffhausen 63, Appenzell A.-Rh. 71, Appenzell I.-Rh. 4, St. Gallen 712, Graubünden 348, Aargau 623, Thurgau 194, Tessin 219, Waadt 1756, Wallis 52, Neuenburg 683, Genf 2335. In den größten Städten beträgt die Anzahl: Zürich 5826, Basel 2586, Genf 2294, Bern 902, Lausanne 835 Juden.

Die Abnahme der Juden in der Schweiz ist nach der Meinung des in Zürich erscheinenden „Israelitischen Wochenblatts für die Schweiz" bedingt durch Abwanderungen nach dem Kriege, sowie durch die geringe Geburtenzahl.

Reorganisation des Joint Distribution Committee

New York, 22. Februar. (JTA.) Wie der Vizepräsident des Joint Distribution Committee, James N. Rosenberg, mitteilt, wird demnächst eine Neuorganisation des American Joint Distribution Committee erfolgen.

Das American Joint Distribution Committee, dessen Präsident Felix M. Warburg ist, ist bekanntlich die größte jüdische Organisation für Wohlfahrtsarbeit in Europa. Seit dem Kriege hat diese Organisation für Hilfs- und Wiederaufbauarbeit unter den Juden in verschiedenen europäischen Ländern über 80 Millionen Dollar ausgegeben. Die Reorganisation soll nach dem neuen Statut, das von dem unter der Leitung von James N. Rosenberg stehenden Reorganisationskomitee entworfen wurde, in der Weise erfolgen, daß ein aus 250 hervorragenden Persönlichkeiten des jüdischen Lebens in den Vereinigten Staaten und in Kanada gebildeter „National Council" ins Leben gerufen wird. Aus der Mitte des Councils soll ein 48gliedriger Ausschuß der Direktoren und ein 15gliedriges Executivkomitee gewählt werden.

Die erste Tagung des Councils soll für Mitte März anberaumt werden. Aufgabe des neuen Councils wird es sein, das bestehende Programm für das wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauwerk für die Juden Ost- und Mitteleuropas auszubauen.

Der erste Obmann des Reorganisationskomitee war Louis Marshall, nach dessen Tode James N. Rosenberg zu seinem Nachfolger gewählt wurde. Zu den Mitgliedern des Reorganisationskomitees gehören: Felix M. Warburg, Dr. Cyrus Adler, James A. Becker, David M. Bressler, David A. Brown und Hugh Grant Straus.

Die philanthropischen Leistungen der amerikanischen Judenheit

35 Millionen Dollar Spenden von einer Million Dollar aufwärts im Jahre 1930

Neuyork, 24. Februar. (JTA.) Aus eben veröffentlichten amtlichen Aufstellungen geht hervor, daß von dem Gesamtbetrage von 142 082 670 Dollar, die im Jahre 1930 in den Vereinigten Staaten in Spenden von mindestens einer Million Dollar von Einzelpersonen und Stiftungen philanthropischen Zwecken zugeführt wurde, 35 470 020 Dollar oder 25 Prozent von jüdischen Persönlichkeiten und Institutionen stammen. Auch die drittgrößte und viertgrößte Spende des Jahres wurde von Juden gemacht: Maurice Falk hat 10 Millionen, der verstorbene Conrad Hubert 7 750 000 Dollar im Jahre 1930 philanthropischen Zwecken gewidmet.

Nachstehend die Liste der jüdischen Persönlichkeiten, die im Jahre 1930 Spenden von einer Million Dollar und darüber für wohltätige Zwecke gemacht haben: Max Adler (eine Million Dollar für ein Planetarium in Chicago), Louis Bamberger und Frau Felix Fuld (5 Millionen Dollar für ein Institut für höhere Studien in Newark), Max Epstein (eine Million Dollar für ein Kunstmuseum an der Universtät Chicago), Maurice Falk (10 Millionen für die Pittsburgher Wohlfahrtsstiftung), Daniel Guggenheim (1½ Millionen letzwillig für die Daniel und Florence Guggenheim-Stiftung), Conrad Hubert (8 750 000 Dollar letztwillig für sieben verschiedene Wohlfahrtszwecke), Ralph Jonas (eine Million Dollar für die Vereinigten jüdischen Wohlfahrtsorganisationen von Neuyork und Brooklyn), Jules Mastbaum (2 Millionen für das Rodin-Museum in Philadelphia), Harry H. Meyer (2 470 220 Dollar letztwillig für das Montefiore-Spital in Pittsburgh und das Mount Sinai-Spital in Neuyork), Julius Rosenwald (2 550 000 Dollar für drei Wohlfahrtszwecke) und Morris Schinasi (eine Million Dollar letztwillig für ein Spital in Konstantinopel).

Die Eröffnung des Jordan-Kraftwerkes verzögert

Beschädigung durch Hochwasser

Jerusalem, 18. Februar. (JTA.) Infolge von Wolkenbrüchen im Hauran-Gebiet ist im Jarmuk plötzlich Hochwasser eingetreten. Die reißenden Fluten haben den Zuleitungs-Obergraben des Ruthenberg-Kraftwerkes in einer Breite von 30 Metern durchbrochen und den äußeren Transformator der Station beschädigt. Dadurch wird die Eröffnung des Kraftwerkes etwas verzögert werden.

Wie das Londoner Büro der Palestine Electric Corporation (Ruthenberg Company) der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitteilt, ist der angerichtete Schaden verhältnismäßig geringfügig. Die Eröffnung des Jordankraftwerkes dürfte keine beträchtliche Verzögerung erleiden.

Das Programm der Verwertung der palästinensischen Wasserkräfte zur Erzeugung von elektrischem Strom sieht in seinem ersten Teile die Verwertung des 50 Meter Gefälles zwischen dem Tiberias-See und Jisr el Mejamieh vor. Diese Strecke wird in zwei Teile geteilt, ein Kraftwerk wird bei Jisr, ein zweites bei Abadieh errichtet. Für das erste Jordankraftwerk wurde bei Delhamieh ein Staudamm errichtet, der das Wasser bis zu einer Tiefe von 6 Metern aufstaut. Ein zweiter Staudamm soll bei den Wasserfällen des Jarmuk, des größten Nebenflußes des Jordan errichtet und dadurch ein großes Staubecken mit einer Tiefe von 8 Metern geschaffen werden. Zu diesem Zwecke wurde das provisorische Jarmukreservoir gebaut. Ein etwa zwei Kilometer langer Kanal leitet das Jordan-Wasser in das Druckreservoir von Jisr el Mejamieh.

Der erste Teil der Wasserbauten ist so gut wie vollendet. In allernächster Zeit wird bereits Elektrizität nach Haifa geleitet werden. Etwas später wird die Hochspannungsleitung in den Distrikt von Jaffa fertiggestellt. Sobald der Strombedarf annähernd die Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit des ersten Kraftwerkes erreicht haben wird, soll das zweite Kraftwerk in Abadieh gebaut werden. Im Bedarfsfalle wird noch ein drittes Kraftwerk nördlich des Tiberial-Sees zur Ausnutzungg des auf der kurzen Strecke zwischen Merom-See und Tiberias-See 200 Meter starken Jordan-Gefälles errichtet werden.

Eine neue Tageszeitung in Palästina

Jerusalem, 23. Februar, (JTA.) Am 21. Februar ist die hebräische Tageszeitung „Doar Hayom“, die eine Zeit lang das Organ der Revisionisten Palästinas war, wieder unter der Leitung von Ittamar Ben Awi, der das Blatt im Jahre 1918 gegründet hat, erschienen.

Es verlautet, daß demnächst eine neue Tageszeitung als Organ der Revisionisten, die aus den Wahlen zur Assefath Haniwcharim als zweitstärkste Partei hervorgegangen sind, herausgegeben werden soll. Gegenwärtig gibt es in Palästina drei hebräische Tageszeitungen: „Doar Hayom“, „Dawar“, das Organ der Arbeiterpartei, und „Haarez“, die den Standpunkt der Allgemeinen Zionisten vertritt. Außerdem erscheint in Palästina eine jüdische Tageszeitung in englischer Sprache „The Palestine Bulletin“, die von der Palestine Telegraphic Agency, der palästinensischen Zweigstelle der Jüdischen Telegraphen-Agentur, herausgegeben wird.

Palästina-Ein- und Ausfuhr im Oktober 1930

Jerusalem, 28. Februar. (JTA.) Soeben wurden die Ein- und Ausfuhrziffern für Oktober 1930 veröffentlicht. Der Gesamtwert der Einfuhr in diesem Monat betrug 697 342 Pfund gegenüber 602 435 Pfund im Oktober 1929. Obwohl im Oktober 1930 die Einfuhr an Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak kleiner war als im gleichen Monat des Vorjahres, ist die Gesamteinfuhr doch infolge der starken Steigerung des Imports sonstiger Waren gestiegen.

Der Gesamtwert der Ausfuhr im Oktober 1930 betrug 100 258 Pfund, ist also gegenüber dem Export im Jahre 1929, der 142 475 Pfund betrug, stark gesunken. Die Verminderung des Ausfuhrwertes ist vor allem auf das Sinken des Exports von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak zurückzuführen.

Prof. Bodenheimer von der Hebräischen Universität liest in Amerika

Jerusalem, 17. Februar. (JTA.) Wie die Hebräische Universität mitteilt, wurde der Professor an der Abteilung für allgemeine Zoologie und Entomologie der Hebräischen Universität, Dr. Fritz Bodenheimer, von der Universität Minnesota in den Vereinigten Staaten eingeladen, im Sommersemester 1931 eine Vorlesung über „Probleme der Insektenphysiologie“ zu halten. Prof. Bodenheimer begibt sich demnächst zu einem sechsmonatigen Aufenthalt nach Amerika.

Bevorstehende Eröffnung der Vorlesungen an der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Jerusalem

Jerusalem, 26. Februar. (JTA.) Die Hebräische Universität teilt mit, daß bereits alle Vorbereitungen zur Eröffnung der biologischen Kurse getroffen wurden. Rektor Dr. Magnes hat sich nach Amerika begeben, um dort die Mittel zur Ausstattung des für diese Kurse erforderlichen physikalischen Laboratoriums für Hörer zu beschaffen und Professoren für Anatomie und Histologie zu berufen.

Der Beschluß der naturwissenschaftlichen Fakultät wurde vom Direktorium der Universität im Jahre 1929 gefaßt, die Eröffnung selbst für das Jahr 1923 in Aussicht genommen. Rektor Magnes wird sich während seines Aufenthaltes in Amerika auch bemühen, die Universität im allgemeinen materiell besser zu fundieren und den Ausbau der bereits bestehenden Abteilungen zu sichern.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Zionistische Ortsgruppe, München. Mittwoch, den 18. März, abends 8.30 Uhr, findet im Lessingsaal die ordentliche Generalversammlung statt. Sämtliche Mitglieder werden heute schon auf diesen Tag aufmerksam gemacht und gebeten, sich den Abend frei zu halten.

Im Rahmen des Jungzionistischen Arbeitskreises fand eine Arbeitsgemeinschaft über zionistische Geschichte, regelmäßig jeden zweiten Montag statt, die von Herrn Ernst Eisen geleitet wurde. Man hörte Referate über die Vorgeschichte des modernen Zionismus und über seine Entwicklung vor und nach dem Kriege. Besonders berücksichtigt wurde hierbei die Aufbautätigkeit. Der Kurs brachte manches Interessante und war besonders geeignet, auch denjenigen Leuten, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, weniger Gelegenheit haben, einen Begriff der ungeheuren Arbeit zu geben, die hier geleistet worden ist. Es ist zu wünschen, daß auch in den folgenden Semestern derartige Kurse stattfinden und durch geeignete Propagierung einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden, da sich immer und immer wieder herausstellt, daß die Arbeitsgemeinschaft die geeignetste Form kollektiver geistiger Arbeit ist.

O. Blum.

Vortrag von Dr. Ludwig Strauß (Aachen)

Am Dienstag, dem 10. März, wird Herr Dr. Ludwig Strauß, Privatdozent für Germanistik an der Technischen Hochschule in Aachen, in einer gemeinsamen Veranstaltung der Jesaia-Loge (München) und des Jüdischen Jugendheims München, einen Vortrag über „Das jüdische Element in der deutschen Literatur der Gegenwart“ halten. Beginn 8.30 Uhr in den Räumen der Concordia, Prannerstraße 4/0. Dr. Ludwig Strauß, der feine Interpret dichterischer Schöpfung, der auch selbst als Dichter und Erzähler unbestrittenes Ansehen genießt, ist in München von früheren Vorträgen in bester Erinnerung; Dr. Strauß ist der Schwiegersohn Martin Bubers.

Jüdischer Jugendverein

I. Donnerstagabende. Lessingsaal. Beginn: 20.30 Uhr. 12. März: Vortragsabend: „Der Prozeß des Jesus von Nazareth“. Referent: Herr Felix Feuchtwanger.

II. Freitagabende. Jugendheim. Beginn: 20.30 Uhr. Alle jungen Juden Münchens, denen die Weihe eines häuslichen Freitagabends versagt ist, sind herzlich willkommen.

Jüdischer Liederabend

Zu einem schönen Erfolg gestaltete sich ein Liederabend, den Herr Abraham Schainermann am Donnerstag, dem 27. Februar, auf Veranlassung des hiesigen Jugendvereins im Lessingsaal gab. Her Schainermann, der palästinensischer Staatsangehöriger ist und z. Zt. hier Musik studiert, zeigte, daß er durchaus kompetent ist für einen solchen Vortrag jiddischer und hebräischer Lieder. Zu Beginn seines Vortrages sprach er ganz kurz über die Eigenart unseres Gesanges und besonders über die Schönheit der hebräischen Lieder. Der nach jedem Lied einsetzende Beifall bewies, wie gut die gewählten Lieder gefielen. Unterstützt wurde der Vortragende durch die ganz ausgezeichnete Klavierbegleitung von Herrn Heinrich Lamm, dem Leiter des jüdischen Kammerorchesters. Charakteristischerweise gefielen die

jiddischen Lieder besser als die hebräischen, weil letztere zum allgemeinen Verständnis erst übersetzt werden mußten; doch gefiel von allen Liedern am besten ein hebräisches: „agwamah", das Tomatenlied, es mußte wiederholt und noch viele Lieder mußten zugegeben werden.

Heinrich Cohn.

Schalom-Asch-Jubiläumsfeier

Anläßlich des fünfzigsten Geburtstages von Schalom Asch fand am 1. März im Cherubinsaal eine Jubiläumsfeier statt.

Nach einigen Liedern, die der jüdische Gesangverein unter der bewährten Leitung seines Kapellmeisters Josef Ziegler ausgezeichnet zum Vortrag brachte, hielt Herr J. Löwy eine Festrede auf den Jubilar. Wenn die Veranstaltung gleichzeitig eine Werbung für die sprachlichen Schönheiten und reichen Ausdrucksmöglichkeiten der jiddischen Sprache sein sollte, so war gerade bei der Festrede von einer solchen Absicht sehr wenig zu merken. Schalom ist weder ein Romantiker noch ein Lyriker. Seine Dramen und großen Romane sind die Werke eines Naturalisten, wenn auch gerade dem Dichter Asch keine enge Eingrenzung gerecht werden kann. Die Form der Lyrik jedenfalls ist ihm nach seinen eigenen Worten „fremd und unbegreiflich".

Wie sehr „jiddisch" eine ausdrucksreiche Sprache von weichem harmonischem Klang ist, bewies Frau Sonja Ziegler mit einigen Liedern, für die wir ihr besonders danken. Ihr und dem Berliner Gast M. Bronstein, der durch die sprühende Lebendigkeit seiner Rezitationen das Publikum für den jüdischen Dichter Schalom Asch begeisterte, ist der Erfolg des Abends zu verdanken.

Den zweiten Teil der Feier bildete die Aufführung eines mit Recht vergessenen frühen Schauspiels von Asch, das von Rührseligkeit und schlechtem Pathos geradezu trieft. Gespielt wurde ausgezeichnet und mit einer Selbstaufopferung, die dieses Stück bestimmt nicht verdient hätte. Herr Bronstein allerdings konnte diesmal aus der an sich lächerlichen Gestalt des David nicht mehr machen als einen lächerlichen Schreier. Versöhnlich echt wirkte in dem ganzen Stück nur die Geste des kleinen Jungen, der sich mit erfrischender Sachlichkeit alle ihm zugedachten Küsse von den Lippen wischt.

I.G.

Gesamtausschuß der Ostjuden. M. Schumer und Frau gratulieren herzlich Herrn und Frau Wiesel zur Barmizwah ihres Sohnes. 2.—. Herrn u. Frau Wiesel gratuliert zur Barmizwah ihres Sohnes Familie Rosenwasser. 2.—.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am Mittwoch, dem 18. Februar, sprach Herr Moses Waldmann, Berlin, hier in unserer Ortsgruppe über: „Judennot, Ostjudennot". Ausgehend von der Not der Zeit, die die Juden aller Länder in besonders hartem Maße betreffen, führte er etwa folgendes aus:

Der Untergang der Juden, der sich wesentlich vom Niedergang anderer Völker unterscheide, sei gekennzeichnet durch den Verlust der Außen-, wie auch der Innenwirtschaft. Im Westen habe man Auswege gesucht durch Eroberung neuer Berufszweige, denn nur dort war der Jude geduldet, wo er keinen Beruf ausübte, den seine christliche Umwelt noch nicht kannte. Obgleich man im Westen in einigermaßen gesicherten finanziellen Verhältnissen gelebt habe, sei die Situation im Grunde seit 150 Jahren nicht wesentlich verändert worden. Heute werde die Judenheit in der ganzen Welt zwar nicht proletarisiert, aber pauperisiert, d. h. sie werde infolge Konzentration des Handelskapitals und der kommenden Plan- oder gebundenen Wirtschaft, als zwischen Konsum und Produktion stehend, völlig aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschaltet. Die Folge davon sei eine menschlich überaus schwierige, wirtschaftlidh fast aussichtslose Situation. Der einzige Ausweg, der im Osten seit Jahrhunderten begangen wurde, die Auswanderung nach anderen Ländern, sei unmöglich, da alle Länder ihre Grenzen gegen Einwanderung sperrten, auch diejenigen, die früher hilfsbereit den Flüchtigen die Tore geöffnet hatten. Als einziges Mittel bleibe die Selbsthilfe und die dränge zur geschlossenen Siedlung. Aber Siedlungskonzentration in den Galuthländern führe zum Ghetto. Die jüdischen Ansiedlungen in der Krim und in Biro Bidschan, deren Entwicklung nach einer solch kurzen Spanne Zeit noch nicht vorausgesagt werden könne, bedeuteten lediglich eine Lösung für die russischen Juden. Uns bleibe nur ein einziger Weg, eine einzige Möglichkeit, das sei die geschlossene Siedlung in Palästina und von dort aus das Vordringen in den vorderen Orient.

Auf Wunsch gab Herr Waldmann anschließend an seinen Vortrag einen aufschlußreichen Bericht über die jetzt in den letzten Tagen beendeten Verhandlungen zwischen der Jewish Agency und der englischen Regierung.

Die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste folgten den Ausführungen des Redners mit außerordentlichem Interesse.

Herr Rechtsanwalt Ernst Feilchenfeld leitete die Versammlung.

Vom Münchener Bar-Kochba

Bar-Kochba, München. Der Bar-Kochba veranstaltet alle 14 Tage Abende mit Vorträgen und geselligem Beisammensein. Der erste Abend mit dem außerordentlich interessanten Thema: „Aus der Geschichte des Bar-Kochba Münchens" (mit Lichtbildern) von Josef Orljansky findet Montag, den 9. März, abends 8.30 Uhr, im Lessingsaal statt. Zu diesem Abend sind sämtliche Mitglieder herzlichst eingeladen.

Leichtathletik und Handball. Das Training sämtlicher Aktiven findet jeden Mittwoch, abends von 8—10 Uhr, in der Halle des Sportvereins Sendling, Plinganserstraße, statt. Alle Leichtathleten und Handballer haben regelmäßig den Übungsabenden beizuwohnen, um so mehr, als in absehbarer Zeit die Leichtathletik-Saison beginnt, die uns für die schweren Kämpfe gerüstet finden muß. Zugleich bitten wir schon heute die Aktiven, für die Anschaffung des Dreß besorgt zu sein, da wir bei den Wettkämpfen unbedingt in einheitlicher Kleidung antreten müssen. Der Dreß besteht aus weißer Hose, mit blauen Bändern umrandet und aus weißem, ärmellosem Trikot mit Mogen Dovid auf der Brust. — Das für den vorigen Sonntag vereinbarte Handballspiel gegen Post-Res. mußte ausfallen, da vom Stadtverband für Leibesübungen die Sportplätze infolge der schlechten Platzverhältnisse gesperrt waren.

Fußball. Veranlaßt durch viele Interessenten, auch innerhalb des Bar-Kochba, der Fußball spielenden jüdischen Jugend Gelegenheit zur Ausübung dieses beliebten und populären Sportzweiges zu

geben, wurde vor einigen Tagen eine Sitzung abgehalten, die zahlreich besucht war und sich mit der Frage der Gründung von Fußballmannschaften im Bar-Kochba beschäftigte. Nach eingehender und reger Aussprache wurde die Gründung beschlossen und ein Komitee, bestehend aus den Herren Landmann, Kupfer und Weißmann gewählt, das im Einvernehmen mit dem Leiter der Sportabteilung die Geschäfte bis zu der in absehbarer Zeit einzuberufenden Gründungsversammlung führen wird. Das Hallentraining für die Fußballer findet jeden Mittwoch, abends von 8—10 Uhr, in der Halle des Sp. V. Sendling statt. Die Halle ist mit der Straßenbahnlinie 6 oder 16 zu erreichen. Haltestelle Sendlinger Weinbauer, Plinganserstraße. Das Rasentraining ist jeden Sonntag, vormittags ab 10 Uhr, auf dem städt. Sportplatz an der Säbenerstraße. Wir erwarten, daß sich jetzt alle jüdischen Fußballer dem Bar-Kochba anschließen. Nähere Auskunft erteilt A. Landmann, Auenstr. 13, Tel. 23 3 59, oder die Leitung der Sportabteilung, Tel. 55 1 97.

Großer Skiabfahrtslauf. Dem Wunsche unserer Wintersportler entsprechend, wird die Sportabteilung Sonntag, 22. März, ein Slalomrennen veranstalten, das für alle Skifahrer jüdischer Organisationen offen ist. Vom Stümpflinggipfel geht der Lauf über die bekannte Lyraabfahrt zur Bayernhütte. Gewertet wird nur nach Zeit. Für den Sieger der Herren, sowie für die Siegerin in der Damenklasse, stehen schöne Preise zur Verfügung. Die Strecke ist nicht besonders schwer, so daß an diesem Abfahrtslauf sich alle Skiläufer beteiligen können. Wir nehmen an, daß die Wintersportler anderer jüdischer Vereine sich an dieser Veranstaltung beteiligen werden, denn nur eine große Beteiligung sichert die Durchführung dieses Rennens. Anmeldung und alles Nähere bei Jackie Goldfarb, Weinstraße 14 (Ecke Landschaftstraße), Tel. 21 5 52, oder bei der Leitung der Sportabteilung, Tel. 55 1 97.

Jugendabteilung! Am Sonntag, dem 8. März, halb 10 Uhr spielen gegen 1860 am 1860er Platz. Um uns den Verbleib an der Spitze der Tabelle zu sichern, müssen wir dieses Spiel unbedingt gewinnen. Ich erwarte daher, daß alle pünktlich am Platze sind. Treffpunkt: 9 Uhr am Säbenerplatz. Ich bitte, rückständige Beiträge mitzubringen! — Samstag, nachmittags 3 Uhr, Heimnachmittag im Jüdischen Jugendheim! W.W.

Tischtennis. Das vorigen Sonntag veranstaltete Tischtennis-Turnier für Jugendliche wies eine große Beteiligung auf. Von den Partnern wurde sehr hartnäckig gekämpft, so daß beinahe alle Spiele im letzten Satze gewonnen werden konnten. Eine Überraschung waren wohl die Gebr. Schmitt, welche sich erst in der Vorschlußrunde von den beiden Schlußspielern Kutten bzw. Helfeld nach 5 Sätzen geschlagen bekennen mußten. Im Schlußspiel, das von Helfeld gegen Kutten ausgetragen wurde, unterlag Kutten, nachdem er zwar den 1. Satz gewonnen hatte, aber dann sichtlich ermüdet, die folgenden 3 Sätze an Helfeld, den tatsächlich besseren Spieler, abgeben mußte. Im Doppel errangen Helfeld-Kutten gegen die sich tapfer wehrenden Gebr. Gersinsky den Sieg. Die Ergebnisse sind: Einzel- 1. Helfeld, 2. Kutten, 3. Schmitt und Herz. Doppel: 1. Helfeld-Kutten, 2. Gebr. Gersinsky. — Wir stehen zur Zeit in aussichtsreicher Unterhandlung mit den sich jetzt bei den Englischen Meisterschaften befindlichen Tischtennis-Weltmeistern Zcabados, Barna und Glanz, welche höchstwahrscheinlich am 14. und 15. März bei einem von uns veranstaltenden Tisch-Tennis-Turnier starten werden. Näheres im nächsten Echo. Die Tischtennisriege spielt jeden Abend, mit Ausnahme von Freitag, im Studiozimmer des jüdischen Jugendheimes, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die einmalige Jahresgebühr beträgt RM. 2.—, das tägliche Spielgeld beträgt 15 Pfennige.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 20
vom 23. Februar bis 3. März 1931

Goldenes Buch Jehuda Selig Mysliborski-Misch und Lea Mysliborski-Misch s. A.: Adolf Mysliborski-Misch dankt allen Freunden und Bekannten für die erwiesene ehrenvolle Anteilnahme 100.—.

Purimaktion: Bernhard Lustig 50.—; Jakob Reich 50.—; J.-R. Dr. E. Straus 10.—; Dr. Heinrich Feuchtwanger 10.—; Dr. Leo Feuchtwanger 10.—; Dr. A. Weihl 3.—; Dr. B. Weiß 3.—; Max Landmann 3.—; Benno Friedmann 3.—; Justin Lichtenauer 3.—; Gottfried Hirsch 3.—; Herr und Frau Dr. Eliasberg 10.—; Kaufhaus Emil Klein 3.—; Josef Anmuth 2.—; J. Bier 1.—; Karl Schuster 2.—; Frau Seidenbaum 1.—; Dr. Erich Gutowitz 5.—; M. Schaller 3.—; Max Diamand 2.—; B. Bogopolsky 2.—; Frau Regina Keller 1.—; Dr. A. Percikowitsch 1.—; Dr. J. Emrich 1.—; N.N. 1.—; Frau Gröger 1.50; NN. 2.—; Prof. Klugmann 1.—; Frau J. Guggenheim 1.—; E. Droller 3.—; N.N. 3.—; Lissauer 2.— = 196.50.

Gold. Buch ZOG. München: Herr und Frau Dr. M. J. Gutmann grat. zur Vermählung Neu-Schachno 3.—.

Allgemeine Spenden: Emil Botie und Frau grat. Herrn und Frau Wiesel herzl. zur Bar Mizwah ihres Sohnes 2.—; H. B. 1.20; Josef Bamberger grat. Fam. Schachno zur Vermählung ihrer Tochter 2.—; Fam. A. Gidalewitsch grat. herzl. zur Vermählung Neu-Schachno und Herrn und Frau Wiesel zur Bar Mizwah ihres Sohnes 2.— = 7.20.

V.J.St. Jordania-Garten: Hans Gottlieb dankt Alten Herrn Dr. B. Weiß für Behandlung 1 Baum 6.—.

Spendenbuch: Herr und Frau Leopold Schiff anläßlich der Geburt ihres Sohnes Walter 10.—.

Gold. Buch Hannah Deborah Feuer: Fan. Feuer-Hohenberger grat. ihrem lieben Milo Horn zum bestand. Doktor-Examen 2.—; Meta Harburger grat. Herrn Dr. Horn herzlich 1.—; ebenso Herr und Frau Horn 1.— = 4.—.

Büchsen: geleert durch Herrn Heinrich Cohn: Gottfreied Hirsch 12.62; Frau Carola Weil 3.—; M. Rosenberger 3.—; Apoth. Lewin 1.—; S. Loew 2.—; Dr. M. J. Gutmann 3.79; E. Neuwirth 1.10; H. Puschzewoi 1.50; J. Rosenberg 1.50; M. Diamand 3.—; Frau Ida Lauchheimer 3.—; Emil Sadler 2.75; Benno Goldberg 1.50; Stud.-Rat Schaalmann —.30; St. Bender —.50 = 41.56.

Einz. Büchsen: Frau Frieda Bartel 2.60; J. Kluger 1.06 = 3.66.
Imi-Taschen: Liselotte Rut Kahn 3.65; Werner Auerbacher 1.15 = 4.80.
Material: D. Horn 1 N.-F.-Tel. 1.—; Paul Grünbaum 1 N.-F.-Tel. 1.—; Gesamtausschuß der Ostjuden 1 N.-F.-Tel. 1.— = 3.—. Summa: 379.72.
Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930 3346.83 RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 2. März 1931

Spendenbuch: durch Rosi Birnbaum-Fürth. Dr. Max Walther anl. s. Einzugs 10.—; Herr und Frau Eugen Kohn anl. der Geburt ihres Sohnes 5.—; Herr und Frau Dr. M. Oppenheimer anl. ihres Einzugs 5.—; Herr Kurt Aufochs anl. seiner Verlobung 2.—; Herr Karl Bechhöfer anl. seiner Geschäftseröffnung 2.—.
Allgem. Spenden: N.N. dankt den Herren Dr. Nußbaum und Dr. Bamberger 10.—; Erlös eines Frauen-Teenachmittags 19.13; Tellersammlung anl. Ortsgruppenabend 5.85.; ZOG. Nürnberg durch Rechnungseinsparung 3.50; Februarrate Herr Moritz Bein 3.—; durch Leo Wißmann von Hermann Neumann-Kinzelsau 5.—; Fam. Reichsthaler anl. Trauerfalles 3.—; Erlös hebräischer Bücher 1.—.
Bäume für Balfour-Wald: Claire Königshöfer ihrem Neffen zum 1. Geb. 1 Baum 6.—.
Bäume für Dr. Liebstaedter Garten: es gratulieren Reiner und Ilse Hirsch zur Geburt ihrer Tochter Marion Rosel. Dr. Kurt Dankwerth und Frau 3.—; Helene Bloch 1.—; Lotte Fuchs 1.—; N.N. und N.N. 1 Baum für Mirjam 6.—.
Bäume für Dr. J. Bamberger Garten: es gratulieren Herr und Frau Dr. J. Bamberger und ihren Kindern zur Verlobung: Dr. M. Nußbaum u. Frau 1 Barm 6.—; Albert Salzer 1 Baum 6.—; Dir. Georg Spiro-Augsburg 1 Baum 6.—; Bernhard Freimann und Frau 3.—; Leo Katzenberger und Frau 3.—; Prof. Jul. Rosenfeld und Frau 3.—; Dr. Rud. Liebstaedter und Frau 3.—; Fam. Löwengart-Fürth und Neuhaus 3.—; Siegfried Kahn und Frau 3.—; Dr. L. Landauer und Frau 2.—.
Wertzeichen: Max Gorski 1 Telegramm —.50; Frau Hillmann 1 Telegramm —.50; Sch. Schalom 2 Telegramme 1.—; Frau Berta Wolf —.50.
Büchsen: durch Karl Goldmann, 2. Rate. Ausweis folgt 7.65.
Durch Leo Laufer. Koschland 2.50; M. Götz 1.—; Bieringer —.50; Bickart —.30 = 4.30.
Durch Regina Rapaport. Schumann 3.30; Aal —.50 = 3.80.
Durch Kalter-Grünbaum. Langer —.60; Klieger —.25; Dr. D. Karpf —.20 = 1.05.
Durch Leo Laufer. Henny Kahn, Siegfried Kahn je 6.—; Dr. Strauß-Reich 5.—; Dr. M. Nußbaum 4.—; Dr. Dankwerth (Praxis) 3.30; Franz Steinhardt 2.81 = 27.11.
Dr. Emil Thalmann 10.—; Zion. Ortsgr. 5.45; Dr. R. Liebstaedter 2.17; Iglauer 3.—; Reiner Hirsch 1.—; Dittmann —.50 = 22.12.
Imi-Tasche: Leo Laufer 1.45.
Summa: 199.46 RM.
Gesammelt seit 1. Oktober 1930: 2970.19 RM.

Wichtige Neuerscheinung!

Soeben erschienen **in deutscher Sprache,** herausgegeben vom Zentralbüro der Jewish Agency für Palästina, London:

1.: **Palästina-Debatte im englischen Unterhaus.** Stenographischer Bericht über die Verhandlungen im englischen Unterhaus vom 17. November 1930.

Preis: RM. 1.50

2.: **Leonard Stein,** Memorandum gegen das Palästina-Weißbuch der britischen Regierung vom Oktober 1930.

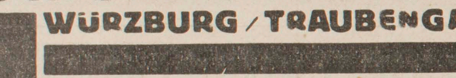
Preis: RM. 1.50

Zu beziehen vom **Archiv der Zionistischen Organisation, Berlin W. 15, Meinekestr. 10.**

Buchhändler und Bezieher einer größeren Zahl von Exemplaren erhalten entsprechenden Rabatt.

SELMA EMRICH

SCHÜLERPENSIONAT



WÜRZBURG / TRAUBENGASSE 3

Gewissenhafte Überwachung / Beste Verpflegung

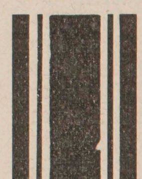
Für ältere Damen und Herren ideales Heim

in moderner Villa. Schönste, ruhige Lage, beste rituelle Verpflegung.

Näheres **Frau Hieber, Konstanz a. B.,** Hebelstraße 6

Färberei J. Arnold Chemische Waschanstalt

Oskar Böhm / München



Glasermeister

Thierschstraße 39 / Telephon: 26 1 03

Einglasen von Schaufenstern / Neubauten / Ein- und Umglasen von Glasdächern bei langj. Garantie / Ausführung sämtl. Reparaturen in allen Stadtteilen ohne Preisaufschlag. Offerte kostenlos.

Gute Kunden

werben Sie

durch ein Inserat im „Jüdischen Echo!“

GASTSTÄTTEN

Bayerische Reitschule

Zitter-Hauser.

Säle für Festlichkeiten.

München, Königinstraße 34

Telefon 360 204

Büchlersches Knabenheim Weilheim i. Oberbay.,

zwischen Garmisch-Partenkirchen und München, Landschulheim. Sechsklassiges Realgymnasium und Realschule. Kleines Familieninternat. Vorzügliche Verpflegung. Sorgfältige Erziehung. Unbedingte Förderung schwacher Schüler. Umschulung! Vorbereitung auf alle Schulprüfungen! Verbandsprüfung! Durchgefallene verlieren kein Jahr! Eigene große Sportplatzanlagen! Prospekte mit besten Referenzen und Auskunft durch die Direktion

J. Flamm, Uffenheim (Mittelfr.)

unter Aufsicht Sr. Ehrwürden Hrn. Distrikts-Rabb. Dr. E. Munk-Ansbach empfiehlt seine bekannt guten Qunalitäten

Mazzen, Schmuroh u. ff. Eiermazzen

garantiert reine **Eiernudel,** feinste **Konditoreiwaren für Pesach,** sowie die bereits gut eingeführte und beliebte **Koscher Hausmacher-Eiernudel, Marke „Frankenperle“.**

Vertreter an allen größeren Plätzen gesucht.

In **München** sind alle Artikel zu haben bei:

A. Schindler	G. Landmann	Louis Müller
Buttermelcherstr. 14/0	Ickstattstr. 20/II	Rumfordstr. 42

Annahme von **kleinen Anzeigen** für **„Das Jüdische Echo“** und die **„Bayerische Israelitische Gemeindezeitung“** auch

Ewer-Buchhandlung, Ottostraße 2

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.